

## BRIEF AUS BERLIN – NR. 27/2016

### Inhalt

#### Vorwort

##### Aus dem Bundestag

- + Kommunalwahl in Hessen
- + Landtagswahlen
- + Bundesverkehrswegeplan 2030
- + Regierungserklärung zum Europarat
- + Equal Pay Day
- + Sexuelle Selbstbestimmung
- + Integrationsplan & bezahlbarer Wohnraum
- + Kamingespräch VDMA
- + Besuch Social Impact Lab
- + Verleihung Fortschrittspreis
- + FG Kultur macht stark

##### Aus dem Wahlkreis

- + Kommunalwahl im Rheingau-Taunus
- + Praktikant Luca Müller
- + Pressemitteilungen
- + Termine

### Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

ich gratuliere Malu Dreyer und der rheinland-pfälzischen SPD zu diesem tollen Wahlerfolg! In Rheinland-Pfalz ist sie aus der Wahl als die mit Abstand stärkste Kraft hervorgegangen. Ihre Integrität, Glaubwürdigkeit und politische Gradlinigkeit wurden von den Wählerinnen und Wählern honoriert. Der Wahlsonntag hielt aber auch andere Wahlergebnisse bereit und die Erfolge der Rechtspopulisten geben uns zu denken. In dieser für Deutschland herausfordernden Situation brauchen wir keine Spaltung der Gesellschaft, sondern mehr Zusammenhalt. Den Versuchen der Spaltung werden wir mit noch mehr Engagement für den gesellschaftlichen Zusammenhalt entgegenzutreten. Die deutsche Sozialdemokratie ist seit 152 Jahren diese den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördernde Kraft und wird es auch in Zukunft sein.

Der Bundesverkehrswegeplan wirft hinsichtlich der geplanten Projekte im Rheingau-Taunus-Kreis, im Kreis Limburg-Weilburg und in Wiesbaden sowohl Licht als auch Schatten auf die Infrastrukturentwicklung in der kommenden Zeit. Ich erläutere kurz, was genau vom Verkehrsministerium projiziert worden ist.

Vor dem Treffen des Europarats hat die Bundeskanzlerin in der Regierungserklärung ihre Pläne umrissen, wie der Flüchtlingsstrom nach Europa eingedämmt werden soll. Frauen stehen auch beim Equal Pay Day im Mittelpunkt. Sie verdienen in Deutschland im Schnitt knapp 22% weniger als ihre männlichen Kollegen bei gleicher Leistung. Das muss sich ändern!

Seit dem Sommer 2015 ringen wir mit dem Koalitionspartner um besseren strafrechtlichen Schutz von Frauen vor sexuellen Übergriffen. Mit dem vorliegenden Kabinettsbeschluss kommt nun endlich Bewegung in den von uns angestoßenen Prozess.

Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten ist ein Kernthema der Sozialdemokratie. Mit dem „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ setzt sich die SPD aktiv für nachhaltige Wohnungspolitik ein. Zudem werden die Mittel für die soziale Wohnraumförderung aufgestockt. Die moderne Arbeitswelt braucht gute Konzepte, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesund bleiben und nicht den Anschluss verlieren. Mit dem vorliegenden SPD-Antrag zu innovativer Arbeitsforschung und dem Kaminesgespräch mit dem VDMA wollen wir diesen Prozess anstoßen.

Im Rahmen der SPD-Projektgruppe #Neue Erfolge, die Politik zu Innovationspolitik und Technologie als Schrittmacher für das soziale Leben entwickelt haben wir das Social Impact Lab in Berlin besucht. Um Fortschritt ging es ebenfalls bei der Verleihung des Fortschrittspreises der Berliner Republik. Der diesjährige Preisträger Frank Stauss ist ein versierter Wahlkämpfer und Politikexperte. Neue Ideen wurden ebenfalls im Austausch mit den Experten der kulturellen Bildung im Fachgespräch zum Programm „Kultur macht stark“, zu dem wir in den Deutschen Bundestag geladen hatten, diskutiert.

Nun wünsche ich Euch/Ihnen eine angenehme Lektüre und ein schönes Wochenende!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Rabanus'.

Martin Rabanus, MdB

## AfD-Schock bei Kommunalwahl in Hessen



Die zweistelligen Ergebnisse der AfD bei der Kommunalwahl waren ein Schock. Fatal ist die erneut niedrige Wahlbeteiligung. Je mehr Menschen zu Hause bleiben, desto mehr Gewicht gewinnt jede Stimme für Rechtspopulisten. Gerade einmal 48 Prozent der Wahlberechtigten gingen in Hessen zur Wahl. Wir bedauern, dass die AfD ab sofort auch in Hessen in vielen Parlamenten sitzt. Unser klarer Auftrag muss die Entzauberung der AfD sein. Auf der Arbeitsebene müssen wir ihnen höflich, aber distanziert mit Argumenten begegnen. Dort wo die AfD nicht angetreten ist, haben die „Freien Wähler für irgendetwas“ profitiert und auch dies ist Protest gegen die amtierende Parteienlandschaft. Bei dieser Wahl sieht man auch sehr klar, dass es dort wo gute Spitzenkandidaten und/oder Bürgermeister gezogen und die Genossinnen und Genossen mit klarer Haltung zusammengearbeitet haben, auch die besten Ergebnisse gibt. Wir freuen uns, dass wir in den meisten Orten und Kreisen vom Wähler mit der Regierungsbildung beauftragt wurden.

[Die genauen Ergebnisse der Kommunalwahl in Hessen können auf den Seiten des Statistischen Landesamtes eingesehen werden.](#)

## Licht und Schatten bei drei Landtagswahlen



Der Wahlsonntag in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz ist, trotz aller Freude über das Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz, eine Zäsur. Die demokratische Mitte in Deutschland ist kleiner geworden. Für alle drei Länderparlamente gilt, dass die AfD aus dem Stand mit einem zweistelligen Ergebnis in die Landtage eingezogen ist, in Sachsen-Anhalt sogar als zweitstärkste Kraft. Die Geschichte unseres Landes hat in den letzten Jahrzehnten eines gezeigt: Unser Land war dann sicher, stark und handlungsfähig, wenn das demokratische Zentrum stark war. Wer dieses Zentrum schwächt, schwächt unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unsere Demokratie. Und deshalb wird die SPD den Kampf für das demokratische Zentrum in Deutschland mit voller Entschlossenheit aufnehmen. Die SPD steht für einen starken und handlungsfähigen Staat. Einen Staat, der für sozialen Aufstieg, öffentliche Sicherheit und gleiche Lebenschancen steht. Das schaffen wir aber nur, wenn wir jetzt in Kitas, Schulen, bezahlbare Wohnungen, Arbeitsfördermaßnahmen und auch in mehr Stellen für die Polizei investieren. Dafür werden wir uns in den Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2017 mit Nachdruck einsetzen.

## Bundesverkehrswegeplan 2030 vorgestellt



Diese Woche hat Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) den Arbeitsentwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans 2030 (BVWP 2030) in Berlin vorgestellt. Für meinen Wahlkreis ergeben sich dabei sowohl positive wie negative Nachrichten.

Mit einer guten Bewertung (= vordringlicher Bedarf) im BVWP ist ein wichtiges Etappenziel zur Realisierung der Maßnahme erreicht. Mit der Aufnahme der Projekte ist aber auch noch keine automatische Finanzierungszusage oder ein umgehender Baubeginn verbunden, wie die Vergangenheit leider gezeigt hat. Die im BVWP enthaltenen Maßnahmen werden entlang ihrer Priorität, ihres Verfahrensstandes bei der Planung und anhand weiterer Faktoren zunächst in Fünfjahrespläne (Investitionsrahmenplan) aufgenommen. Erst in den jährlichen Haushaltsberatungen werden nach Erlangung der planerischen Baureife (Planfeststellungsbeschluss) die Finanzierung und damit die Baufreigabe erteilt. Ich werde mich im Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass wir die entsprechenden Ausbaugesetze noch in diesem Jahr verabschieden können. Hier sind nun auch

die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen und die örtlichen Landtagsabgeordneten gefragt. Die Landesregierung muss die Maßnahmen nämlich für den Investitionsrahmenplan anmelden.

Mit der Bewertung im ersten Arbeitsentwurf – der aktuell vorliegt – ist die finale Entscheidung aber noch nicht getroffen. Deswegen rufe ich alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, an dem nun erstmals gestarteten sechswöchigen Bürgerbeteiligungsverfahren, das ab dem 21.03.2016 beginnt, teilzunehmen. Auch ich werde mich in Berlin dafür stark machen, dass die Priorisierung der Projekte aus meinem Wahlkreis – allen voran die, die nur als „weiterer Bedarf“ bewertet wurden – noch einmal genau geprüft werden.

Projekte mit der Kategorie „vordringlicher Bedarf“:

- Ortsumgehung Waldems-Esch
- Ortsumgehung Idstein-Eschenhahn
- Teilortsumgehung „Auf der Lach“ in Rüdeshelm
- Ortsumgehungen der B8 von Limburg-Lindenholzhausen bis nach Bad Camberg inklusive Brechen-Niederbrechen

Projekte mit der Kategorie „weiterer Bedarf“:

- Ortsumgehungen Limburg, Elz, Hadamar und Elbtal
- Ortsumgehungen Schlangenbad-Wambach und Eltville-Martinsthal
- Verlegung der B 275 bei Bad Schwalbach

## Europäischer Rat beschäftigt sich mit Flüchtlingspolitik



Der EU-Türkei-Gipfel hat die Hoffnung genährt, dass der Wille bei den europäischen Regierungen vorhanden ist, gemeinsam eine europäische Lösung zu erarbeiten. Bei dem Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs soll eine Vereinbarung mit der Türkei über die Rücknahme von Flüchtlingen beschlossen werden, wie in der Nacht zu Freitag bekannt wurde.

Bundeskanzlerin Angela Merkel wies zurecht in ihrer Regierungserklärung darauf hin, dass die national getroffenen Entscheidungen zur Schließung der Balkanroute zwar auch in Deutschland dazu geführt habe, dass weniger Flüchtlinge ankämen, allerdings auf Kosten Griechenlands und der dort gestrandeten Menschen. Der Zustand dort könne und dürfe nicht von Dauer sein. Deshalb laute die alles entscheidende Frage, wie es uns gelingen könne, die Zahl der Flüchtlinge nicht nur für einige, sondern für alle nachhaltig und dauerhaft zu reduzieren.

Eine Verständigung der Mitgliedstaaten muss notwendigerweise auch die Solidarität mit Griechenland umfassen. Das Prinzip „Jeder ist

sich selbst der Nächste“ spaltet die Europäische Union, die notwendiger denn je an einem Strang ziehen muss.

Um die Flüchtlingsbewegung nach Europa besser zu kontrollieren und das menschenverachtende Geschäft der Schlepper in der Ägäis zu unterbinden, sind wir auf die Zusammenarbeit mit der Türkei angewiesen. Dabei gilt es anzuerkennen, dass in der Türkei bereits heute Millionen Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak eine sichere Zuflucht finden. Wenn die Türkei nun bereit ist, bestehende Rückführungsabkommen in vollem Umfang anzuwenden und Flüchtlinge wieder aufnimmt, die über die Türkei nach Griechenland eingereist sind, dann muss sich die EU im Gegenzug zur Aufnahme von Kontingenten syrischer Flüchtlinge verpflichten. Die SPD setzt sich bereits seit Monaten für solche Kontingente ein. Denn wir wollen, dass Europa seine humanitäre Verantwortung erfüllt und Menschen nicht länger ihr Leben auf gefährlichen Fluchtrouten riskieren und hilflos Schleppern ausgeliefert sind.

Trotz der notwendigen Zusammenarbeit mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage ist eines klar: Es gibt keinen Rabatt auf Menschenrechte, auch nicht für die Türkei. Daher sollten im Rahmen von Beitrittsverhandlungen nun rasch die Kapitel zu Meinungsfreiheit und Rechtsstaat eröffnet werden. Denn dies bietet eine echte Chance, die Menschenrechtslage in der Türkei ganz real zu verbessern.

## Gleiche Bezahlung für Frauen und Männer



Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – das klingt nach einer Selbstverständlichkeit, aber weit gefehlt! Immer noch verdienen Frauen in Deutschland weniger Geld als Männer für dieselbe Arbeit! Am 18. März ist Equal Pay Day. Das heißt, statistisch gesehen muss eine Frau bis dahin unentgeltlich arbeiten und würde erst ab diesem Stichtag den gleichen Lohn erhalten wie die männlichen Kollegen.

Immer noch erwirtschaften Frauen durchschnittlich knapp 22 Prozent weniger Lohn und Gehalt als Männer. Die Entgeltlücke ist damit in Deutschland seit Jahren konstant hoch – höher übrigens als in den meisten EU-Ländern.

[Dass sich das schnell ändern muss, ist offensichtlich! Die Forderungen der Gewerkschaften und des Deutschen Frauenrats wurden am Freitag auch von SPD-Generalsekretärin Katharina Barley bei der zentralen Kundgebung vor dem Brandenburger Tor unterstützt und können hier nachgelesen werden.](#)

## Frauen strafrechtlich besser schützen



Das Bundeskabinett hat den Gesetzesentwurf zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung beschlossen. Die Union hatte den Gesetzesentwurf von Justizminister Maas seit Sommer 2015 blockiert. Nun kann endlich das parlamentarische Verfahren zur Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes von Frauen vor sexuellen Übergriffen starten. Im Verfahren werden wir noch weitere Ergänzungen fordern.

Es ist überfällig und dringend nötig, die nicht hinnehmbaren Strafbarkeitslücken im Sexualstrafrecht zu schließen. Verschiedene Gerichte haben sexuelle Attacken, gegen die sich Frauen nicht wehrten, nicht als Sexualstraftat bewertet und die Täter freigesprochen. Deshalb ist die Klarstellung im Strafgesetzbuch überfällig, dass eine sexuelle Nötigung/Vergewaltigung auch dann vorliegt, wenn eine Frau keinen Widerstand leisten kann. Wäre das Gesetz, wie von uns gefordert, schon im vergangenen Jahr in Kraft getreten, könnten die Täter der Kölner Silvesternacht schärfer strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Denn auch das Begrapschen ist für Frauen belastend und darf nicht straflos bleiben.

## Unser Integrationsplan für Deutschland: Die Gesellschaft zusammenhalten



Die Wahlergebnisse der drei Landtagswahlen hatten für die SPD Licht und Schatten: Ein klarer Wahlerfolg in Rheinland-Pfalz und zwei enttäuschende Ergebnisse in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt. Auch in unserer Stammklientel gibt es Abstiegsängste und Unsicherheit. Diese werden insbesondere von der AfD, von großen Teilen der CSU – aber auch von einigen in der CDU (Stichwort: Klaus-Peter Willsch und Erika Steinbach) befeuert. Wir Sozialdemokraten müssen dem mutig entgegenreten. Der Gedanke „Für die Flüchtlinge macht ihr alles, aber für uns macht ihr nichts“ darf sich nicht in der Mitte der Gesellschaft festsetzen. Deshalb werben wir Sozialdemokraten für einen Integrationsplan, der auch die Abstiegsängste der deutschen Bevölkerung im Blick hat.

- Wir schaffen deutlich mehr bezahlbare Wohnungen – für alle. Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) hat daher bereits 2014 ein Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen ins Leben gerufen. Rund 350.000 müssen jedes Jahr dazu kommen. Dafür haben wir durchgesetzt, dass der Bund dies jährlich mit einer Milliarde Euro finanziert. Wir wollen die-

sen Betrag für die kommenden vier Jahre nochmal verdoppeln.

- Um das Angebot an bezahlbaren Mietwohnungen weiter zu erhöhen, wurde diese Woche ebenso die Einführung einer zeitlich befristeten Sonderabschreibung für die Anschaffung oder Herstellung neuer Mietwohngebäude in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt in erster Lesung beraten
- Wir wollen 80.000 zusätzliche Kita-Plätze und 20.000 zusätzliche Stellen für Erzieherinnen und Erzieher schaffen.
- Wir wollen mehr Ganztagschulen einrichten – und machen uns dafür stark, dass 25.000 zusätzliche Lehrkräfte und mehr Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter eingestellt werden.
- Mehr Sicherheit: 3000 neue Stellen bei der Bundespolizei und beim Bundeskriminalamt haben wir schon durchgesetzt. Das reicht aber noch nicht. Wir wollen insgesamt 12.000 Polizistinnen und Polizisten bis 2019 neu einstellen.
- Rechte Gewalt nimmt zu, Hetzer missbrauchen die Sorgen und Ängste der Menschen, um Hass zu schüren. Das spaltet unsere Gesellschaft. Wir wollen darum das größte Präventionsprogramm des Bundes „Demokratie leben!“ auf 100 Millionen Euro verdoppeln.
- Die SPD macht bei diesen Themen Tempo und will in der Koalition schnell eine Lösung durchsetzen. CDU und CSU müssen ihren internen Streit endlich beenden, damit sie nicht weiter die Bundesregierung bei wichtigen Themen blockieren.

## „Arbeit 4.0“ – Diskussion mit dem Verband Deutscher Maschinen-und Anlagenbau



Passend zum Antrag „Innovative Arbeitsforschung zur Humanisierung der Arbeitswelt“ gab es diese Woche eine gelungene Diskussion über Arbeit 4.0 mit Vertretern aus Politik (Edelgard Bulmahn) und Wirtschaft (ein Vertreter des Fraunhofer Instituts sowie Vertreter vom VDMA sowie SEW Europe Antriebstechnik). Der Verband zeigte unter anderem die Notwendigkeit von Robotik im Kontext der Digitalisierung der Arbeitswelt auf (indem Bier von einem kleinen Roboter an die Gäste ausgeschenkt wurde), die aber keineswegs dazu führen sollte, dass künftig klassische Arbeitsplätze wegfallen oder verdrängt werden sollen. Vielmehr wurde im Kontext der Digitalisierung der Arbeitswelt aufgezeigt, wie wichtig Aus- und Weiterbildung in der Zukunft sein wird und wir diese Entwicklung als Chance begreifen müssen. Insbesondere von Edelgard Bulmahn als ehemalige Bildungsministerin wurde darauf verwiesen, wie wichtig der Bildungsaspekt bei den Entwicklungen der Arbeitswelt ist und Unternehmen, dies bei ihren Planungen im Bereich Personal und Ressourcen zwingend berücksichtigen müssen. Dass der Bildungsaspekt bei einer Diskussionsrunde von Wirtschaftsvertretern derart in den Vordergrund gerückt wurde, hat mich als Bildungspolitiker natürlich sehr gefreut!

## Besuch des Social Impact Labs in Berlin-Kreuzberg



Im Rahmen der Projektgruppe #Neue Erfolge besuchten wir diese Woche den Social Impact Lab in Berlin-Kreuzberg – eine in dieser Art einzigartige Einrichtung, die sich an fünf Standorten in Deutschland befindet. Denn hier werden alle Startups und Freelancer, die sich mit Social Business und sozialen Themen beschäftigen, gefördert und betreut. Das Social Impact Lab versteht sich dabei als Motor für eine neue und nachhaltig orientierte Bewegung. Der Geschäftsführer vom Social Impact Lab, Norbert Kunz, hat das Ziel, all jene zu unterstützen, die unsere Gesellschaft positiv verändern wollen – mit neuen sozialen Produkten, Dienstleistungen, Projekten und Ideen. Dreimal im Jahr werden bis zu acht Teams ausgewählt, die vom Social Impact Lab Räumlichkeiten, die digitale Infrastruktur, Mentoring und Coaching zur Verfügung gestellt bekommen – solange bis sie das Unternehmen de facto gründen. Gefördert wird das Social Impact Lab über private Stiftungen wie SAP und Haniel. Bei dem Termin wurde jedoch wieder deutlich, dass es noch immer an einer ausreichenden Gründungsinfrastruktur und -finanzierung in Deutschland mangelt.



## Verleihung des Fortschrittspreises der Berliner Republik an Frank Stauss



Am Donnerstag wurde zum zweiten Mal der Fortschrittspreis der Berliner Republik, deren Mitherausgeber ich bin, an eine mutige Persönlichkeit vergeben, die einen progressiven Beitrag zur öffentlichen Debatte in Deutschland geleistet hat. Daher freut es mich sehr, dass Frank Stauss der diesjährige Preisträger ist. Bundesjustizminister Heiko Maas hielt die Laudatio, in der er betonte, wie wichtig es gerade in der aktuellen Flüchtlingskrise und der drohenden gesellschaftlichen Spaltung ist, Haltung zu zeigen und unsere gemeinsamen Werte aktiv zu verteidigen. Frank Stauss stehe nicht wie die Populisten für Angst und Rückwärtsgewandtheit, sondern predige Mut und Fortschritt, weshalb er den Fortschrittspreis 2016 absolut verdient habe. Er beweise bei seiner Arbeit als Wahlkämpfer für die SPD immer seinen unermüdlichen Optimismus sowie den Glauben an die Zukunft als Chance, die es nach sozialdemokratischen Werten zu gestalten gelte. „Frank Stauss ist – genau wie Willy Brandt einst forderte – auf der Höhe der Zeit, um die richtigen Antworten an sie geben zu können“, schloss Maas seine Laudatio.

## Fachgespräch Kultur macht stark – Kulturelle Bildung für Kinder stärken

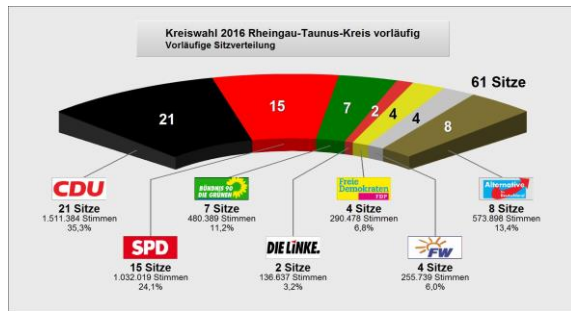


Am Donnerstag habe ich, zusammen mit dem Abgeordneten Burkhard Blienert, zu einem Fachgespräch über das Bundesprogramm „Kultur macht stark“ in den Deutschen Bundestag geladen. Ziel des Gesprächs mit Experten aus der Praxis war die Bewertung des Bundesprogramms aus deren Sicht. Dafür haben wir Programmpartner, Kommunalvertreter und Wissenschaftler eingeladen. Das Programm des Bildungsministeriums soll bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen kulturelle Bildung näher bringen, um ihnen so Zugang und Teilhabe an den verschiedenen Formen der Kultur in Deutschland zu ermöglichen.

Aus Sicht der Expertinnen und Experten ist das Programm gut gestartet und hat sich bewährt. Jetzt gilt es, die geschaffenen Strukturen zusammen mit den Ländern und Kommunen zu festigen und die neue Zielgruppe der Flüchtlinge mehr in den Blick zu nehmen. Kulturelle Bildung kann ein sehr erheblicher Faktor bei der Integration von Zugewanderten sein, so das Fazit der Anwesenden.

[Weitere Infos zum Programm „Kultur macht stark“ können hier abgerufen werden.](#)

## Kommunalwahlen: Jetzt schlägt die Stunde der Demokraten



Der Presse gegenüber habe ich als Vorsitzender der SPD im Rheingau-Taunus-Kreis das Ergebnis der SPD bei der Kommunalwahl am 6. März im Rheingau-Taunus-Kreis als "ernüchternd" bezeichnet.

Trotz eines engagierten Wahlkampfes ist es der SPD nicht gelungen, breite Wählerschichten zu erreichen und zu überzeugen. Ohne einer fundierten Analyse vorgreifen zu wollen, deutet vieles darauf hin, dass es dieses Mal besonders schwer war, neben der rechtspopulistischen AfD und der ihr kaum nachstehenden CDU im Kreis ihren Platz zu finden. Außerdem haben sich die Wählerinnen und Wähler offensichtlich wie selten zuvor an der Parteizugehörigkeit der Bürgermeister orientiert: die SPD profitiert davon vor allem in Walluf und Kiedrich, die CDU beispielsweise in Taunusstein, Niedernhausen und Oestrich-Winkel, die Freien Wähler in Hünstetten.

Im Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises wird die Mehrheitsbildung jetzt ausgesprochen schwierig. Nach dem Stand der Auszählung und absehbar werden keines der klassischen

politischen Lager eine Mehrheit bekommen. Weder ein konservatives Bündnis unter Führung der CDU erreiche die erforderlichen 31 Sitze noch ein progressives Bündnis unter Führung der SPD.

Für die SPD ist klar, dass wir in keiner Weise mit den Rechtspopulisten der AfD im Kreistag zusammenarbeiten werden – eine Koalition, Kooperation oder auch nur eine Tolerierung im Hinterzimmer schließe ich hiermit aus. Und ich bin sehr froh, dass bereits am Wahlabend und von den Spitzen der hessischen Parteien klar gleichlautende Aussagen gekommen sind. Die CDU konnte sich dazu erst im Nachgang durchringen.

Für mich ist klar: Die demokratischen Kräfte müssen jetzt aufeinander zugehen, um die AfD so weit wie möglich von den Schaltstellen der Kreispolitik fern zu halten und eine soziale, vorwärts gewandte und tolerante Politik im Kreis zu gewährleisten. Die SPD ist dazu bereit und wird versuchen, entsprechende Gespräche zu initiieren.

## Praktikant Luca Müller



Luca Müller aus Limburg studiert Social Science an der Justus-Liebig-Universität in Gießen und hat vom 1. Februar bis zum 11. März in meinem Wahlkreisbüro in Taunusstein ein Praktikum absolviert. Dabei war er eingebunden in die Terminvorbereitung und -begleitung, Korrespondenz mit Bürgerinnen und Bürgern, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und natürlich auch die in diese Zeit fallende Kommunalwahl.

[Sein Erfahrungsbericht kann hier auf meiner Homepage nachgelesen werden.](#)

[Und wer Interesse an einem Praktikum in meinem Taunussteiner Wahlkreis- oder Berliner Bundestagsbüro hat, kann sich hier informieren.](#)

## Termine

19.03.2016

14.30 Uhr – Delegiertenversammlung Kreisjugendfeuerwehr LW (Mehrzweckhalle Hünfelden-Ohren)

20.03.2016

11.00 Uhr – Ausstellungseröffnung im Glaswerk Bad Schwalbach

*Termine in kursiv sind öffentlich*

## Pressemitteilungen

09.03.2016

[Martin Rabanus: Förderzusage für den Breitbandausbau im Rheingau-Taunus Kreis](#)

08.03.2016

[Aktuelles zum Bundesprogramm "Sprach-Kitas"](#)

07.03.2016

[„Sayonara Rüdesheim“: Martin Rabanus gratuliert den Gewinnern des Deutschen Drehbuchpreises 2016](#)

04.03.2016

[Martin Rabanus erfreut über erstes erreichtes Etappenziel zur Verringerung des Bahnlärms](#)